

für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei  
vierteljährlicher Zustellung 2,75 M., durch  
die Post 3,25 M., auswärts Zustellungs-  
gebühr. Befellungen werden von allen  
Reichspostämtern angenommen.  
Im amtlichen Zeitungsbüro des Reichs  
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen  
Es unterliegt steuerpflichtige  
Postsendungen mit Duelleinlage:  
„Saale-Bl.“ gefaltet.  
Verantwortlicher Redaktions-Mitglied:  
Halle, Nr. 17; Redaktionsstelle:  
Halle, Nr. 2263.

# Saale-Zeitung.

Verleger: H. Schramm.

werden die Spaltenpreise oder deren  
Raum mit 30 Pf., solche auf Seite mit  
20 Pf. berechnet, und in der Geschäfts-  
stelle, den untern Annahmestellen  
und allen Annoncen-Expeditoren an-  
genommen. Kleinanzeigen die Seite 75 Pf.  
Ersteinst reichlich 10 Pf.,  
Sonntags und Montags einmal,  
(sonst zweimal täglich).  
Redaktion und Haupt-Geschäfts-  
stelle: Halle, G. Straubenthorp 17;  
Rebengasse 12; Markt 24.

Nr. 140.

Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 24. März

1906.

## Politische Wochenchau.

Kanalkritik, Hohenlohekritik, Holstein-  
kritik, so schwärze es in diesen Tagen durch die Blätter.  
Begründet wurden die beiden ersten Gerichte mit der ab-  
sprechenden Haltung des Zentrums in Sachen des Kolonial-  
sektariats, das letztere stützte sich auf die Nachkritik von  
einer angeblich entlassenen Differenz zwischen der Auf-  
fassung des Kanzlers und des Wirklichen Geheimen Rats  
im Auswärtigen Amt v. Holstein über die Behandlung des  
Marokkoproblems. Es handelt sich bei allen diesen Ge-  
richten um ein gut Teil Uebertreibung. Die Zeit ist nicht  
dazu angetan, sich mit solchen Sensationen zu beschäftigen.  
Das deutsche Volk würde eine bedeutende Veränderung in  
den höchsten Reichsämtern in dem gegenwärtigen Moment  
nicht vermissen können. Gerade jetzt ist es notwendig, ohne  
Reverenz mit kluger Geschicklichkeit und fester Hand eine  
takt- und ehrenvolle Politik auf auswärtigen Gebieten zu  
führen. Es ist daher geboten, in der inneren Politik  
Wach zu halten und nicht Schwächen hervorzuheben, die  
gerade jetzt eine sehr unangenehme Rückwirkung auf die  
Haltung Deutschlands in der Marokkofrage auslösen  
würden. Es ist nicht zu verkennen, daß Deutschland auf  
der Konferenz in anderer Beziehung erfolgreich gewesen ist,  
gerade bei den in Betracht kommenden beiden Hauptpunkten,  
der Regelung der Volksfrage und der marokkanischen  
Finanzreform hat es seine Auffassung wenn auch nicht zum  
Sieg, so doch zur lebhaften Mitgeltung gebracht. Das  
Politikwissen, auf welches Frankreich allein Anspruch er-  
hebt, wird zwischen der Republik und Spanien geteilt und einem  
internationalen bzw. neutralen Generalinspektor unter-  
stellt, das hauptsächlich mit genügenden Vorkenntnissen versehen  
wird, um eines Spaltenorgans überhoben zu werden.  
Ferner ist es Frankreich nicht gelungen, das marokkanische  
Finanzwesen zu monopolisieren, sondern alle Mächte werden  
an der marokkanischen Finanzwirtschaft beteiligt. Freilich ist  
es Deutschland nicht möglich gewesen, den Standpunkt  
volliger Gleichheit der Mächte bei der Beteiligung an der  
Reformpolitik in Marokko zur Anerkennung zu bringen.  
Das wurde insbesondere deshalb schwierig, weil sich ein  
großer Teil der in Algerien vertretenen Staaten freiwillig  
zugunsten Frankreichs ihrer vertragsmäßigen Rechte begeben  
hatten, und es sich naturgemäß als Unmöglichkeit heraus-  
stellte, letztere der Konferenz neutralen Mächten Ver-  
pflichtungen beizulegen, welche dieselben nicht zu er-  
füllen wüßten. Nachdem Bourgeois in der Deputiertenkammer  
verhört hätte, daß er die friedliche Politik seines Vor-  
gänger fortsetzen gedachte, konnte der tote Punkt, auf  
welchen die Konferenz angelangt war, als überwunden  
gelten. Hoffentlich werden die Dinge in Algerien bald zu  
einem günstigen Abschluß gebracht werden. Frankreich hat  
bei den Verhandlungen immer noch den Königswinter  
benutzt, indem es einen großen Teil derjenigen  
Vorschläge, den es und Spanien gefordert zu haben glaubte,  
nachdem durch eine öffentliche Konferenz sämtlicher Signatär-  
mächte genehmigt erhalten hat. Freilich hat es  
die offene Tür, die Souveränität des Sultans und die  
Integrität des marokkanischen Reiches anerkannt und  
sich durch die beschlossenen Institutionen zu diesen drei Prin-  
zipien auch praktisch bekannt, aber ein großer Vorzug  
vor allen übrigen Mächten wurde ihm zugezählt, indem es  
überall eine unverzichtbare Vorbedingung erhalten hat,  
daß jedoch nicht als jenseitig empfunden werden kann,  
daß man das Recht hätte, noch in Zukunft eine Annexion  
Marokkos beabsichtigen zu müssen. Es ist nur als hocherfreut-  
lich zu bezeichnen, daß die Konferenz den Ausgang nimmt,  
oder besser zu nehmen scheint, daß die Würde Deutschlands  
sowohl wie diejenige Frankreichs, im besten Einvernehmen  
der beiden Mächte miteinander, ohne eine Erschütterung  
aus den Verhandlungen hervorgeht. Hoffentlich befähigt die  
heutige Plenarsitzung endgültig die Erwartungen, die hier  
zum Ausdruck gebracht werden und führt einen befriedigenden  
Schluß der Konferenz herbei, deren Hauptarbeit getan ist.  
Ueber die sensationelle Veröffentlichung der russischen In-  
struktion zur Caballanca-Frage im „Temp“ und die Ver-  
antwortung der jenseitigen Erklärung des russischen Mi-  
nisters des Auswärtigen, die ein angebliches russisches  
„Doppelspiel“ dokumentiert, wollen wir den Schleiher der Nach-  
sicht gleiten lassen, da doch vorwiegendlich der Ausgang der  
Verhandlungen „Ende gut alles gut“ lautet. Man kann  
Freiwilligkeit in diese Unternehmung durch seinen Freund gönnen,  
zumal die Kundegebung Lambach durch den Stolz Frankreichs  
umgeben zu wissen. Wir sind zufrieden mit unserer  
Politik in Marokko — immer vorläufig natürlich — gar  
nicht so über abgehandelt zu haben.

nahm mehrere Resolutionen zur Reform des Kolonialwesens  
an. In einer derselben fordert er unter Abänderung des  
Schutzgebietes vom 25. Juli 1900 eine Einigung des  
kolonialen Verwaltungsrechtes und die Mitwirkung der  
Reichsregierung auf dem kolonialen Rechtsgebiete. Ferner  
sprach er sich für Reformen auf dem Gebiete der Kolonial-  
Beamten-Aufgaben aus und forderte eine Prüfung der  
Rechte und Pflichten der Landes- und Bergverwaltungen  
in Kamerun, sowie eine Befreiung der Nachteile, welche sich  
aus den seitigeren Konfessionierungen in Südwestafrika er-  
geben haben. Die Beschlußfassung über die Frage, ob in  
den Kolonien Simultan- oder Konfessionsschichten errichtet  
werden sollen, wurde nach dem sozialdemokratischen Wider-  
stande bis zur dritten Lesung vertagt. Aufsehen erregte  
die Tadel, den der Führer des Zentrums, Abg. Spahn, in  
offener Sitzung dem Abg. Erzberger erteilte, indem er eine  
Kritik der Beamtenanstellung als nicht zur Kompetenz des  
Reichstages gehörig bezeichnete. Damit schoß allerdings  
Spahn über das Ziel weit hinaus. Man mußte den Ein-  
druck gewinnen, als ob es sich bei diesem vor dem offenen  
Saale ausgeföhnten Florettkampf zwischen den beiden  
Zentrumsmitgliedern um ein abgetarntes Spiel handle, und  
daß die Tendenz desselben die sei, die Stellung des  
Zentrums sowohl nach der oppositionellen wie auch nach der  
veröhnlichen und regierungsfreundlichen Seite hin günstig  
auszubauen, ein Verfahren, das offenbar geübt ist. In  
der Budgetkommission wurde das von der Regierung ge-  
forderte Staatssekretariat für die Kolonien durch das  
Zentrumsvotum abgelehnt. Wenn der „Berl. Volksanz.“  
diese Abkündigung als den Aktivist Hohenlohe nach sich  
zieht, daß Hohenlohe auch das benötigte Unterstaats-  
sekretariat ablehnen werde. Die ganze Frage ist so wenig  
bedeutend, daß man die Sensation nicht begründet, mit der  
sie von gewisser Seite behandelt worden ist. Die  
Antijemiten hatten sich den Willkomm zu einem Schlichtung  
im Parlament ausgedrückt. Es gab allerlei Moritäten  
von dem jetzigen Veranlassungsträger zu berichten, dem  
Liebetmann den Ausgang machen wollte. Sein Antrag  
wurde selbstverständlich abgelehnt. Auch von der Steuer-  
kommission ist nicht viel Nützliches zu melden. Der An-  
trag der Braukauer in modifizierter Form folgte die Ab-  
lehnung der Tabaksteuer. Die Zigarettensteuer wurde einer  
Endkommission übergeben, die Frachtgrundsteuer an-  
genommen, die Perlonenfabriksteuer in den modifizierten  
Kilometerzuschlag bewilligt, ebenso die Erlaubnisfabriksteuer  
wieder abgelehnt und die Ansichtspostensteuer zurück-  
gezogen bzw. ihre in erster Lesung erfolgte Annahme auf-  
gehoben.

Im Abgeordnetenhaus wurde der Etat definitiv  
erledigt, ebenso einige kleinere Vorlagen lokaler Natur. Der  
Entwurf über die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst  
ging ebenso wie der Sparfahrgesetzentwurf an eine  
Kommission von je 21 Mitgliedern. Mit der Feuergefähr-  
lichkeit der Baarenhäuser befaßte sich ein Antrag Hammer,  
der der Handels- und Gewerbekommission übergeben wurde.  
Der freisinnige Federbesatzungsantrag fand die übliche Ab-  
lehnung, obwohl sachlich berechtigte Gründe gegen ihn nicht  
erhoben werden konnten. Ein Antrag auf Abänderung des  
Kommunalabgabengesetzes (§ 53) ging an die Steuer-  
kommission. In der Schulunterhaltungskommission kam es  
bei der Beratung der Bestimmungen über den Schulinspektor  
zum offenen Bruch. Hoffentlich wird der Gegenstand  
gegen den sich nun auch erteilender Weise die  
Professoren schwinden, wo er hingebort, und hoffentlich  
folgt ihm der verunglückte v. Wehmann-Sollmeise  
Wahlrechtsreform. Reformen baldig nach. Erst  
eine gründliche Wahlreform nach wahrhaft modernen und  
nationalen Gesichtspunkten und dann eine ebenso nationale  
wie moderne Volksschulreform!  
Die Gebärdensprachen der Märzgefallenen, welche  
die Sozialdemokratie jedes Jahr zu veranlassen pflegt, sind  
auch in diesem Jahre in absoluter Ruhe verlaufen. Ein  
sonderbarer Zwischenfall spielte sich in der zweiten  
babischen Kammer ab, wo der Minister Schulerz-  
erklärte, daß es den Schulpflichtigen unterliegt sei, Beschwerden  
gegen ihre Vorgesetzten bei den sozialdemokratischen Ab-  
geordneten einzubringen. Die Linke und das Zentrum  
sprachen ihre nachdrückliche Mißbilligung dieser ministeriellen  
Aussassung aus. In Württemberg wurde eine Minister-  
krisis angehängt. Aus angeblich persönlichen Gründen  
wollen der Minister des Auswärtigen v. Soden und der  
Kriegsminister Schulerz zurücktreten. Die Affäre hat ein  
etwas mythisches Aussehen und nähere Aufklärung bleibt  
jedemfalls noch zu erwarten. In Lübeck sucht man sich  
auf eigenartige Weise der modernen Theologie zu erwehren.  
Alle Abweichungen der Geistlichen von der orthodoxen Lehre  
sollen als „Mißverbrechen“ bestraft werden. Vermutlich  
wird der Eifer, in Lübeck Pörrer zu werden, daraufhin  
unter der beinahe wahren Phlegmeneneration ganz be-  
deutend „zunehmen“!

Ein in der Verfassung erlitt die freisinnige Volkspartei  
durch den Tod ihres Reichstagsabgeordneten Lenmann,  
der einem Schlaganfall erlegen ist. Dadurch ist in kurzer  
Zeit der zweite Wahlkreis im westfälischen Gebiet verwaist.  
Nur die gemeinsamen Antritteungen der Liberalen aller  
Schattierungen werden inbunde sein können, die Wahlkreise  
Hagen und Herborn dem bisherigen Besthabe der Frei-  
sinnigen zu erhalten. Bei der Stichwahl in Sig-  
maringen wurde, wie zu erwarten war, der Zentrums-  
kandidat Belzer gewählt. In Kaiserslautern, dem

ehemaligen Wahlkreise Sartorius, ist Stichwahl zwischen  
dem Liberalen Schmidt und dem Sozialdemokraten Element  
erforderlich, die vermutlich bei der allgemeinen Erörterung  
des Publikums gegen die Sozialdemokratie gerade in diesem  
Wahlkreise zugunsten des Liberalen ausfallen wird.  
Durch die Niederlegung des Mandats des Abg. Kroll wird  
demnach auch in Karolingen-Beuthen eine Ergänzung er-  
forderlich. Darüber, daß die Dänenvorlage zum Reichstage  
immer noch nicht eingebracht ist, ist eine Bemerkung des  
Bedauers nicht zu unterdrücken.

Auffehen erregte die Meldung von einer Zusammenkunft  
zwischen König Eduard von England und dem Prinzen  
Albert von Preußen in Fuenterrabia in der Mitte  
zwischen San Sebastian und Biarritz. Es soll eine lange  
intime Unterredung zwischen den beiden Persönlichkeiten  
erfolgt sein. Die Nachricht wurde später wieder demontiert.  
In Bradford hielt der deutsche Botschafter in London,  
Graf Wolff-Metternich, ungefähr zu derselben Zeit in  
einer Versammlung britischer Handelskammern eine bemerkens-  
werte Rede zur Ausdehnung der britisch-deutschen Ge-  
genläufe, während eine Frage darauf das deutsche Verordnungs-  
komitee unter Führung des Grafen de Neuveville dem  
englischen Komitee unter Vorsitz des Lord Aberny eine  
deutsche Sympathieadresse überreichte. Dabin gehört auch  
die Begründung einer deutsch-englischen Interessengemein-  
schaft reisender Kaufleute. Hoffentlich haben diese An-  
näherungsversuche nicht bloß einen akademischen Wert.  
Hoffentlich gereichen die Metallate dieser Bewegung tatsächlich  
der gelamten Kulturwelt zum Segen. Praktische Solidarität  
beweisen jene deutschen Feuerwehrlente aus Bern  
und Gellenkirchen, die aus eigener Initiative der Gruben-  
direktionen, nicht auf ein Telegramm des Kaisers hin, wie  
die ausländische Presse behauptet, den verunglückten Berg-  
leuten in Courrières zu Hilfe eilten und die Bergungs-  
arbeiten in Angriff nahmen. Praktische Solidarität  
zeigten auch alle diejenigen, welche für die armen Opfer  
jener furchtbaren Katastrophe mit Geldmitteln eintraten.  
Der französische Minister des Innern Clemenceau und der  
französische Kabinettsrat bewiesen der deutschen Rettungs-  
mannschaft, der es leider nicht mehr vergönnt war, Menschen-  
leben zu retten, Dank und Anerkennung. Das deutsche  
Volk begrüßt das Werk hingebender Nächtenliebe, das  
Deutschland geleistet, gleichfalls mit hoher Genugtuung. Wenn  
sich die Völker gegenseitig helfen und heifßen, so ist das  
ein Beispiel wahrer menschlicher Kultur. Hoffentlich zu-  
kunft kann die deutsche Rettungsmannschaft auch des-  
halb verichert sein, daß sie es vermag, sich in Paris  
einer Hilfeleistung fern zu lassen. Einfach und  
schlicht kamen sie zu helfen und machten nicht groß Auf-  
hebens davon. Das ist deutsch gedacht, und aller Ehren  
wert.

Im Anschluß an die große Grubenkatastrophe sind im  
französischen Bergrevier wieder Vorfälle vorgefallen aus-  
gebrochen, die auch nach Belgien hinübergriffen, so daß  
Frankreich, das zu gleicher Zeit von den Rüstungswen-  
dungen und den antimilitaristischen Rumbegungen  
überdittert wird, zur Zeit eine wenig beneidenswerte Lage  
im Innern bietet, zumal die Vorbereitungen für den Wahl-  
kampf im Gange sind. In Deutschland wurde die erste  
Lesung der Wahlrechtsvorlage beendet. Statt einer  
Geduldskritik spricht man neuerdings von einer  
Gaulis-Kritik, da der österreichische Ministerpräsident mit  
dem Volentium in mancher Beziehung anderer Meinung ist,  
besonders aber in der den Polen zugewilligten Mandatszahl  
zum Reichstag. In Portugal erblühte das neue Kabinett  
Jorge Ribeiro das Licht der Welt. In Spanien wurde  
das alte Kabinett Moret, das demissioniert hatte, wieder  
befähigt. England und die Porte setzten ihre alten  
Verpflichtungen wegen Ababa und Mazedonien fort. In  
Rußland fanden sensationelle Bankerbankerungen, besonders  
diejenige in Wostok, statt. Pola Luxemburg wurde in  
Bariquart verhaftet. Sie soll angeblich vor ein Kriegs-  
gericht gestellt werden. Neumann Schmidt wurde hin-  
gerichtet. In und um Serravallo mühen neue Kämpfe,  
und von General Eschel, dem „Belden“ von Port Arthur,  
hat sich nun herausgestellt, daß er durch die Generale Joz  
und Kondratko in Port Arthur arreiert werden sollte,  
und daß nur der Tod des letzteren seine Verhaftung ver-  
eitelte. Es ist eine furchtbare Welt, dieses Ausland, aber  
viel merkwürdiger als Deutschland ist sie nicht: denn was  
soll man zu den Russen auszusagen aus: Königsberg,  
Berlin und Breslau lagen und was erst dazu, daß in  
Berlin eine alte 73jährige Zeitungsfrau verurteilt worden  
ist, weil sie sich nicht die Mühe gegeben, vor dem Verhaft  
zu erziehen, ob vielleicht in irgend einer Zeitung oder Zeit-  
schrift, die sie feil bot, sich etwas finde, was mit der Sit-  
lichkeit nicht ganz im Uebereinstimmung zu bringen sei.  
Hoffentlich werden spätere fährende Schichten des deutschen  
Volkes etwas mehr von den Schätzen der älteren deutschen  
Philosophie profitieren, als da sind die Kritik der Urteil-  
kraft und die Abhandlungen über die Grenzen des  
Erkenntnisvermögens, damit uns eines Tages die reine  
und auch die praktische Vernunft nicht schließlich ganz ver-  
loren gehe. F. W.

## Deutsches Reich.

Der Kaiser wird am 26. d. M. in den Räumen des  
Justizministeriums einem Vortrag des Geh. Justizrats Prof.  
Dr. Gierke über „Die Stellung und die Aufgaben der Reichs-“

Erklärung im Leben der Gegenwart und seinen sozialen und wirtschaftlichen Bewegungen" behaupten.

**Oberbürgermeister von Wabernburg.**

Der Oberbürgermeister von Wabernburg, Dr. Lenzke, ist dem „Tag“ zufolge, sicheren Vermehren nach zum ersten Bürgermeister von Wabernburg gewählt worden. Er dürfte die Wahl annehmen.

**Die Schulgesetz-Kommission.**

Die Kommission nahm am Donnerstag zunächst die §§ 32 bis 39 im wesentlichen in der Fassung der Regierungsvorlage unter Ablehnung zahlreicher Änderungen an und leitete dann die Beratung in der letzten Sitzung bequomene Generealsabteilung über § 40 (Lehrerentstellung) fort. Von national-liberalen Seite trat man dafür ein, daß die Gemeinden, die das Recht der Lehrerwahl haben, es behalten. Schluß wurde die Vorlage von den Freimüthigen befürwortet und zwar auf Grund rechtlicher und geschichtlicher Erwägungen. Besonders interessant war es, daß nachgemeldet wurde, es sei unter der Beteiligung der Gemeinden in Artikel 24 der Verfassung nach demselben Ansicht die Wahl zu bestehen. Daneben wurde sehr stark auf das Verfahren charakterisiert, die Reformen nicht zur Sache des Staates zu machen. Es würde der Schule schaden, wenn man den Städten das ausschließliche Interesse an der Schule lassen und die Landesgesetz-Kommission nur ausschließlich auf diese Institutionen angewandt. Besonders wichtig wurde in Bezug auf die Lehrkräfte auf ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts Bezug genommen, das ausdrücklich festgestellt habe, daß aus der Stichtörderung ein Recht der Städte auf Entlassung der Lehrer nicht gefolgert werden könne. Von national-liberaler Seite wurde ausgedrückt, daß ein innerer Grund dafür, die Gemeinden in solche nicht mehr oder weniger als 25 Schulstellen zu scheiden, nicht vorläge. Sie seien bereit, den Wünschen der Städte in Bezug auf die Anstellung der Lehrer, nicht der Rektoren, eventuell bei der zweiten Lesung entgegenzukommen. Seitens der National-liberalen wurde erklärt, daß sie, falls die Bestimmungen des § 40 nicht wesentlich geändert würden, nicht für das ganze Gesetz stimmen könnten. Die Freimüthigen nehmen eine vermittelnde Stellung ein und stellen einen entsprechenden Antrag. Auch das Zentrum ist geneigt, den Wünschen der Städte entgegenzukommen. Nächste Sitzung Montag.

**Zur Reform des Vörlagegesetzes.**

Der Verein für die Interessen der Landbevölkerung, der in Berlin seine hauptsächlichsten Konferenzen abhielt, beschloß einstimmig, folgende Resolution in den Reichstag einzubringen: Der Verein für die Interessen der Landbevölkerung kann bei seiner diesjährigen Hauptversammlung nicht umhin, seinen lebhaften Bedauern darüber Ausdruck zu geben, daß die allseitig als notwendig anerkannte Revision des Vörlagegesetzes noch nicht erfolgt ist. Die nun eingebrachte Novelle zum Reichsgesetz vom 1. März 1890 über die Abgrenzung der Amtsbezirke für den Wahlbezirkverleih, für den Wahlbezirkverleih und Staatsanwaltschaft und für das Notariat, an dessen Stelle seit Geltung der gegenwärtigen Vörlagegebung vom Vörlagegesetz vorgediehen das Landbesitzrecht benutzt worden ist. Die Vorlage erweckt, daß durch diese Ermäßigungen der Missbrauch der Rechte und der Unbilligkeiten der Vörlage sich haben und dadurch durch die Befreiung der Vörlage, die Befreiung der Kurie dieser Rechte beibehalten werden, ferner, daß der Wahlbezirkverleih an Verhältnissen wieder zunehmen, und daß die Vörlage für die Gebietsveränderungen vom Landbesitz abgehen und dem aus mehrfachen Gründen vorzuziehenden Vörlagegesetz sich wieder anzunehmen werde, wodurch dann die Einmündung der Rechte und der Unbilligkeiten, trotz der beantragten Ermäßigungen nicht ein Ende zu nehmen, sondern eine Vermehrung erfahren würden. Die Erfüllung dieser Hoffnungen liegt aber etwas voraus, was bei Geltung des jetzigen Vörlagegesetzes ausgeschlossen ist, nämlich, daß an der Vörlage einmündigste Terminschritte abgethan werden können, denn nur der dem Wahlbezirkverleih fernbleiben kann, dann die Vörlage der Reichsgesetzgebung, daß die Vörlage ohne das Vorhandensein eines Terminschrittes beibehalten werden könnte. So lange eine Gesetzgebung in Kraft bleibt, die der Untere und dem Reichstag zu Vorschlag ist, ist es möglich, noch nach Jahren auf abgethanene Schritte zurückzugehen, und der Reichstag hat es in dem Reichsgesetz zu machen und die angelegten Folgen nicht anzuerkennen, bis die Vörlage zu einer Weiterbehandlung des Vörlagegesetzes in Terminschritten ist. Die schließliche Reform des Vörlagegesetzes, deren Notwendigkeit auch von den vertriebenen Rektoren bereits anerkannt ist, liegt daher sowohl im Interesse der Allgemeinheit, wie im Interesse der Reichsgesetzgebung. Wir sprechen demnach die dringende Erwartung aus, daß die Einbringung des Vörlagegesetzes beim Reichstag nicht länger aufgeschoben werden müsse.

**Im bayerischen Parlament.**

In dem Sartorius-Prozesse hatte der Sachverständige Prof. Emmerich-Wüchters sich dahin geäußert, daß das Wirthschafts-wasser vielfach nicht so viele Bakterien wie die Mutter enthalte, die von den unheimlichen Wänden einer Bauernstube herweht werden. Diese Ansicht ist im bayerischen Landtage bitter bestritten worden. Denn die Professor Emmerich-Wüchters hat die Behauptung im Volksmunde festgesetzt, daß die Bauernstube heilsamer zu wohnen, da er nur auf die Gehirnschleimhaut der Stubenwände hingewiesen habe, allein das ist ihm nicht davon berührt, getrieben zu werden. Es war der bekannte Hühnerboer von Wuppolding, Herr Eilenberger, der ihm das Urteil sprach:

Der profane Erklärungen hat, weiß, mit welcher delikaten Feindschaft bei der Betrachtung der Milch und Butter verfahren werden muß. Jedemfalls ist diese Mutter vieldecker als gewisse Genußmittelprodukte. Bei dem Prof. Dr. Emmerich-Wüchters hat die Genußmittel mehr zugenommen wie die gesunde Menschenverstand. Ich nehme mein Urteil nicht auf Unverständlichkeiten an. Wenn die Gerüche des Gebirge kommen, da erregt die Emmerich immer ihre Wohlgerüche, was auch die Worte nicht ausschließen können. Da heißt es eben auch, was die Worte nicht ausschließen können. So sind, wenn auch in dem Mutter Bazillen sind. Womit wollen denn die Bauern die Butter machen, wenn nicht mit den Händen? Die Wäcker und die Wäcker leben doch auch keine Genußmittel an selbiger Hand. Viel Dreck schmeckt viele Leute nicht zu haben vom Buttermachen, höchstens, daß einer einmal Aufschärfen in einer Wäcker inefektiv ist. Sprachs' und letzte sich. Das Daus aber von voller Ausgeschlossenheit. Der Butter machte es nicht allein. Wie empfanden, daß Eisenberger dem Daus erhalten bleiben müsse. Er weiß, was der Heiligkeit ist. Selbst das Zentrum ist überzeugt, daß Eisenberger und Wüchters werden das bayerische Parlament sind.

**Parlamentarischer.**

In der Ersten Kammer ist Dresden wurde gestern ein ähnliches Dekret verlesen, durch das der Schluß der Landtagsession auf den 7. April festgesetzt wird.

**Parlamentarischer.**

Die Budgetkommission des Reichstages beriet gestern die Einnahmen an Böden, Verwahrungssachen und Wäcker, und schätzte die Einnahmen bei den Böden von 641,500,000 M.

auf 580,000,000 M. Die Einnahmen aus der Tabaksteuer wurden genehmigt.

**Verwaltung und Rechtsfrage.**

Das Oberpräsidium in Hannover hat der Post mit Stimmenmehrheit folgenden Wahl des Rittergutsbesitzers Hans v. Breda an der Stelle zum Landbesitzer von Wabernburg die Wahl zum Reichstag für die Wahlbezirkwahlgebiet der „Wabernburg“ aufgelöst der westlichen Partei an.

**Geer und Flotte.**

— Kaiserliche Marine. „Vorleg“ ist am 22. März vor Santorini (Ziel Flotte) eintraf, und am demselben Tage von dort nach Mykonos in See gegangen. — „Zaguar“ ist am 23. März von Santorini nach Kullang (am Jangtse) abgegangen.

**Kolonien.**

— Worum die Friedrichs des Zentrum gegen den Erbprinzen v. Hohenzollern beruht, verriet das baltische Zentrum. Es führt aus: Grund zum Vorwurf, — und zwar zum berechtigten hätten wir! Sein Vater war Vorsitzender des Evangelischen Bundes; der Sohn hielt sich nicht mehr an. Was aber diese Familientradition für unsere Missionen bedeutet, kann sich jeder politische Weltanbeter an seinen fünf Fingern ablesen.

**Preussischer Landtag.**

(Eigener Bericht des „Santale-Zeitung“)

**Abgeordnetenhaus.**

50. Sitzung vom 23. März, 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Bethmann-Hollweg u. a. o. — Präsident v. Kroschke stellt mit, daß dem Hause vom Kaiser ein Gruppenbild der Kaiserlichen Familie und ein Gedenkbild zur silbernen Hochzeit mit eigenhändiger Unterfertigung des Kaisers zum Geschenk gemacht sind. Er habe dem Kaiser dafür ehrfurchtsvoll den Dank ausgesprochen und schlage vor, die beiden Silber im Zimmer des Präsidenten aufzuhängen. (Das Haus ist damit einverstanden.)

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung der Gesetzesentwürfe, betreffend Vernehmung der Zahl der Mitglieder des Preussischen Abgeordnetenhauses und Änderungen der Landtagswahlgesetze und Wahlweise, und betreffend Ergänzung der Vorschriften über das Verfahren bei den Wahlen zum Abgeordnetenhause.

Auf Vorschlag des Abg. v. Scheubner (sonst) wird die Beratung beider Entwürfe vertagt.

Minister von Bethmann-Hollweg begründet die Entwürfe, die den Zweck hätten, ordnungsmäßige Wahlen zu ermöglichen und in dem Zweck größtentheils Wahlen entgegenkommen. In dem Zweck müssten einige zu große Schwierigkeiten gestellt werden. In Gemeinden mit mehr als 50,000 Einwohnern sei die Feststellung anstatt der Abstimmung in gemeindeöffentlicher Versammlung der Wahlzettel an bestimmter Stunde (Terminwahl) vorzuschlagen. Nebenher ist weiter für die Hauptgrundlagen der Entwürfe. Man sage nun, die Entwürfe bräuchten hinlänglich. Sehr richtig! Eine generelle Vereinfachung sämtlicher Wahlgesetze sei im Hinblick der Regierung nicht nötig. Ganz richtig. Der Grund dafür qualifiziert, habe jetzt keinen Zweck, da ja der Zweck der vorliegenden Entwürfe ein ganz anderer sei. Wenn man hat in den Wahlbezirken in den Gemeinden die Abstimmungsbücher vorzubereiten, so hätten die staatlichen Erhebungen in seiner Lebenszeit ergeben, daß eine solche Vereinfachung zu großen Schwierigkeiten und Kosten führen würde, es würden viel mehr Kosten davon vorzukommen als jetzt. Es würde dann viel häufiger vorkommen, daß ein einziger Wähler in der ersten Klasse wohnt, als jetzt. Das Reichsgesetz für das Abgeordnetenhause einzuführen sei für die Regierung unannehmbar. (Sehr richtig! Vorläufig.) Man mache sich den Vorwurf, immer nur Pläne zu erfinden. So, wenn es sich gelänge, die Wäcker durch die Wäcker zu ersetzen, dann ist es aufzugeben; denn der Geist bleibt immer noch höher als die Form. Wenn jetzt ein bitteres Gefühl der Unruhe im öffentlichen Leben herrsche, so ist davon nicht der Grund zu sein, daß in Preußen nicht das Reichsgesetz herrsche. Die Unruhe müsse damit kommen, daß die Wäcker nicht den Stimmen der Wäcker getreu sind (Wäcker), doch eine bestimmte Partei für die sozialpolitische Bewegung mächtig, um ihre agitatorischen Zwecke zu fördern. (Sehr richtig! Vorläufig.) Er wolle seinen Vorwurf damit gegen die sozialpolitische Bewegung machen. Es komme auch dabei, daß die Presse nicht mehr unabhängig ist. Und doch arbeiteten in unheimlicher Weise, die das Wäcker wollen. Diese Kräfte wollen nicht die Höhen gleich machen, sondern zu den Höhen hinaufsteigen. Diese Kräfte werden sich mit Unwillen von den Elementen ab, die nicht wollen, als ihre Macht zu etablieren auf dem Fundament von Hof und Terrorismus. Den Kräften, die diese Elemente bekämpfen, gehe die Zukunft. (Sehr richtig! Vorläufig.) Diese Kräfte, die von einem unbilligen Willen unterworfen sind, werden nicht nur die Zukunft, sondern auch die Wäcker getreu sein. (Sehr richtig! Vorläufig.)

Abg. Fischer (fr. W.) erklärt, die Vorlage sei überhaupt keine Wahlreform. Auch nicht einmal die allerschwersten Unannehmlichkeiten der Wahlreform würden beseitigt. Auch eine Verbesserung der Wahlweise würde nicht die Vorlage wolle, sondern 24 Abgeordnete haben. Von irgend einem System ist in der Vorlage überhaupt keine Rede.

Abg. Dr. Bremer (sonst) erklärt das Einverständnis der Konserativen mit dem Entwurf.

Abg. Franke (nl) erklärt, der Entwurf entspreche auch nicht den berechtigten Wünschen seiner Parteigenossen. Das Zentrum und die Liberalen hätten jetzt Solches eine Reform des Wahlgesetzes verlangt. Aber namens seiner Partei erklärt er, daß der vorliegende Entwurf auch nicht der Anfang einer Wahlreform sei, sondern höchstens ein Vorläufer allerhöchsten Grades. Man werde in der Kommission bemüht sein, wenn möglich noch das Beste zu beibringen. Was die Sozialdemokraten allein, sondern die Rechte der Regierung verlangen eine Wahlreform in Preußen. Eine Vermehrung der Abgeordneten würde allein nicht ausreichen, vielmehr, eher eine Verminderung. Die früheren Entwürfe der national-liberalen Partei hätten das Mindeste dessen enthalten, was von einer Reform verlangt werden könne. Es sei doch überhaupt fonderbar, daß der Reichstag weniger Abgeordnete habe, als das Preussische Abgeordnetenhause. Unbedingt seien die Reformen herbeizuführen, die unter anderem die Berücksichtigung der Bevölkerungsmehrung anerkennen. Man könne die Einsetzung von 1860 noch unmöglich noch beibehalten, es sei vielmehr gerade konterbärlich, daß man das 1860er Prinzip auch heute wieder zu Grunde lege. Eine Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen würden auch keine Freunde unter seinen Anhängern ausfinden. (Sehr richtig! Vorläufig.)

Abg. Franke (nl) erklärt, der Entwurf entspreche auch nicht den berechtigten Wünschen seiner Parteigenossen. Das Zentrum und die Liberalen hätten jetzt Solches eine Reform des Wahlgesetzes verlangt. Aber namens seiner Partei erklärt er, daß der vorliegende Entwurf auch nicht der Anfang einer Wahlreform sei, sondern höchstens ein Vorläufer allerhöchsten Grades. Man werde in der Kommission bemüht sein, wenn möglich noch das Beste zu beibringen. Was die Sozialdemokraten allein, sondern die Rechte der Regierung verlangen eine Wahlreform in Preußen. Eine Vermehrung der Abgeordneten würde allein nicht ausreichen, vielmehr, eher eine Verminderung. Die früheren Entwürfe der national-liberalen Partei hätten das Mindeste dessen enthalten, was von einer Reform verlangt werden könne. Es sei doch überhaupt fonderbar, daß der Reichstag weniger Abgeordnete habe, als das Preussische Abgeordnetenhause. Unbedingt seien die Reformen herbeizuführen, die unter anderem die Berücksichtigung der Bevölkerungsmehrung anerkennen. Man könne die Einsetzung von 1860 noch unmöglich noch beibehalten, es sei vielmehr gerade konterbärlich, daß man das 1860er Prinzip auch heute wieder zu Grunde lege. Eine Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen würden auch keine Freunde unter seinen Anhängern ausfinden. (Sehr richtig! Vorläufig.)

Abg. Franke (nl) erklärt, der Entwurf entspreche auch nicht den berechtigten Wünschen seiner Parteigenossen. Das Zentrum und die Liberalen hätten jetzt Solches eine Reform des Wahlgesetzes verlangt. Aber namens seiner Partei erklärt er, daß der vorliegende Entwurf auch nicht der Anfang einer Wahlreform sei, sondern höchstens ein Vorläufer allerhöchsten Grades. Man werde in der Kommission bemüht sein, wenn möglich noch das Beste zu beibringen. Was die Sozialdemokraten allein, sondern die Rechte der Regierung verlangen eine Wahlreform in Preußen. Eine Vermehrung der Abgeordneten würde allein nicht ausreichen, vielmehr, eher eine Verminderung. Die früheren Entwürfe der national-liberalen Partei hätten das Mindeste dessen enthalten, was von einer Reform verlangt werden könne. Es sei doch überhaupt fonderbar, daß der Reichstag weniger Abgeordnete habe, als das Preussische Abgeordnetenhause. Unbedingt seien die Reformen herbeizuführen, die unter anderem die Berücksichtigung der Bevölkerungsmehrung anerkennen. Man könne die Einsetzung von 1860 noch unmöglich noch beibehalten, es sei vielmehr gerade konterbärlich, daß man das 1860er Prinzip auch heute wieder zu Grunde lege. Eine Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen würden auch keine Freunde unter seinen Anhängern ausfinden. (Sehr richtig! Vorläufig.)

Abg. Franke (nl) erklärt, der Entwurf entspreche auch nicht den berechtigten Wünschen seiner Parteigenossen. Das Zentrum und die Liberalen hätten jetzt Solches eine Reform des Wahlgesetzes verlangt. Aber namens seiner Partei erklärt er, daß der vorliegende Entwurf auch nicht der Anfang einer Wahlreform sei, sondern höchstens ein Vorläufer allerhöchsten Grades. Man werde in der Kommission bemüht sein, wenn möglich noch das Beste zu beibringen. Was die Sozialdemokraten allein, sondern die Rechte der Regierung verlangen eine Wahlreform in Preußen. Eine Vermehrung der Abgeordneten würde allein nicht ausreichen, vielmehr, eher eine Verminderung. Die früheren Entwürfe der national-liberalen Partei hätten das Mindeste dessen enthalten, was von einer Reform verlangt werden könne. Es sei doch überhaupt fonderbar, daß der Reichstag weniger Abgeordnete habe, als das Preussische Abgeordnetenhause. Unbedingt seien die Reformen herbeizuführen, die unter anderem die Berücksichtigung der Bevölkerungsmehrung anerkennen. Man könne die Einsetzung von 1860 noch unmöglich noch beibehalten, es sei vielmehr gerade konterbärlich, daß man das 1860er Prinzip auch heute wieder zu Grunde lege. Eine Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen würden auch keine Freunde unter seinen Anhängern ausfinden. (Sehr richtig! Vorläufig.)

Abg. Franke (nl) erklärt, der Entwurf entspreche auch nicht den berechtigten Wünschen seiner Parteigenossen. Das Zentrum und die Liberalen hätten jetzt Solches eine Reform des Wahlgesetzes verlangt. Aber namens seiner Partei erklärt er, daß der vorliegende Entwurf auch nicht der Anfang einer Wahlreform sei, sondern höchstens ein Vorläufer allerhöchsten Grades. Man werde in der Kommission bemüht sein, wenn möglich noch das Beste zu beibringen. Was die Sozialdemokraten allein, sondern die Rechte der Regierung verlangen eine Wahlreform in Preußen. Eine Vermehrung der Abgeordneten würde allein nicht ausreichen, vielmehr, eher eine Verminderung. Die früheren Entwürfe der national-liberalen Partei hätten das Mindeste dessen enthalten, was von einer Reform verlangt werden könne. Es sei doch überhaupt fonderbar, daß der Reichstag weniger Abgeordnete habe, als das Preussische Abgeordnetenhause. Unbedingt seien die Reformen herbeizuführen, die unter anderem die Berücksichtigung der Bevölkerungsmehrung anerkennen. Man könne die Einsetzung von 1860 noch unmöglich noch beibehalten, es sei vielmehr gerade konterbärlich, daß man das 1860er Prinzip auch heute wieder zu Grunde lege. Eine Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen würden auch keine Freunde unter seinen Anhängern ausfinden. (Sehr richtig! Vorläufig.)

Abg. Franke (nl) erklärt, der Entwurf entspreche auch nicht den berechtigten Wünschen seiner Parteigenossen. Das Zentrum und die Liberalen hätten jetzt Solches eine Reform des Wahlgesetzes verlangt. Aber namens seiner Partei erklärt er, daß der vorliegende Entwurf auch nicht der Anfang einer Wahlreform sei, sondern höchstens ein Vorläufer allerhöchsten Grades. Man werde in der Kommission bemüht sein, wenn möglich noch das Beste zu beibringen. Was die Sozialdemokraten allein, sondern die Rechte der Regierung verlangen eine Wahlreform in Preußen. Eine Vermehrung der Abgeordneten würde allein nicht ausreichen, vielmehr, eher eine Verminderung. Die früheren Entwürfe der national-liberalen Partei hätten das Mindeste dessen enthalten, was von einer Reform verlangt werden könne. Es sei doch überhaupt fonderbar, daß der Reichstag weniger Abgeordnete habe, als das Preussische Abgeordnetenhause. Unbedingt seien die Reformen herbeizuführen, die unter anderem die Berücksichtigung der Bevölkerungsmehrung anerkennen. Man könne die Einsetzung von 1860 noch unmöglich noch beibehalten, es sei vielmehr gerade konterbärlich, daß man das 1860er Prinzip auch heute wieder zu Grunde lege. Eine Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen würden auch keine Freunde unter seinen Anhängern ausfinden. (Sehr richtig! Vorläufig.)

Abg. Franke (nl) erklärt, der Entwurf entspreche auch nicht den berechtigten Wünschen seiner Parteigenossen. Das Zentrum und die Liberalen hätten jetzt Solches eine Reform des Wahlgesetzes verlangt. Aber namens seiner Partei erklärt er, daß der vorliegende Entwurf auch nicht der Anfang einer Wahlreform sei, sondern höchstens ein Vorläufer allerhöchsten Grades. Man werde in der Kommission bemüht sein, wenn möglich noch das Beste zu beibringen. Was die Sozialdemokraten allein, sondern die Rechte der Regierung verlangen eine Wahlreform in Preußen. Eine Vermehrung der Abgeordneten würde allein nicht ausreichen, vielmehr, eher eine Verminderung. Die früheren Entwürfe der national-liberalen Partei hätten das Mindeste dessen enthalten, was von einer Reform verlangt werden könne. Es sei doch überhaupt fonderbar, daß der Reichstag weniger Abgeordnete habe, als das Preussische Abgeordnetenhause. Unbedingt seien die Reformen herbeizuführen, die unter anderem die Berücksichtigung der Bevölkerungsmehrung anerkennen. Man könne die Einsetzung von 1860 noch unmöglich noch beibehalten, es sei vielmehr gerade konterbärlich, daß man das 1860er Prinzip auch heute wieder zu Grunde lege. Eine Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen würden auch keine Freunde unter seinen Anhängern ausfinden. (Sehr richtig! Vorläufig.)

Abg. Franke (nl) erklärt, der Entwurf entspreche auch nicht den berechtigten Wünschen seiner Parteigenossen. Das Zentrum und die Liberalen hätten jetzt Solches eine Reform des Wahlgesetzes verlangt. Aber namens seiner Partei erklärt er, daß der vorliegende Entwurf auch nicht der Anfang einer Wahlreform sei, sondern höchstens ein Vorläufer allerhöchsten Grades. Man werde in der Kommission bemüht sein, wenn möglich noch das Beste zu beibringen. Was die Sozialdemokraten allein, sondern die Rechte der Regierung verlangen eine Wahlreform in Preußen. Eine Vermehrung der Abgeordneten würde allein nicht ausreichen, vielmehr, eher eine Verminderung. Die früheren Entwürfe der national-liberalen Partei hätten das Mindeste dessen enthalten, was von einer Reform verlangt werden könne. Es sei doch überhaupt fonderbar, daß der Reichstag weniger Abgeordnete habe, als das Preussische Abgeordnetenhause. Unbedingt seien die Reformen herbeizuführen, die unter anderem die Berücksichtigung der Bevölkerungsmehrung anerkennen. Man könne die Einsetzung von 1860 noch unmöglich noch beibehalten, es sei vielmehr gerade konterbärlich, daß man das 1860er Prinzip auch heute wieder zu Grunde lege. Eine Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen würden auch keine Freunde unter seinen Anhängern ausfinden. (Sehr richtig! Vorläufig.)

Abg. Franke (nl) erklärt, der Entwurf entspreche auch nicht den berechtigten Wünschen seiner Parteigenossen. Das Zentrum und die Liberalen hätten jetzt Solches eine Reform des Wahlgesetzes verlangt. Aber namens seiner Partei erklärt er, daß der vorliegende Entwurf auch nicht der Anfang einer Wahlreform sei, sondern höchstens ein Vorläufer allerhöchsten Grades. Man werde in der Kommission bemüht sein, wenn möglich noch das Beste zu beibringen. Was die Sozialdemokraten allein, sondern die Rechte der Regierung verlangen eine Wahlreform in Preußen. Eine Vermehrung der Abgeordneten würde allein nicht ausreichen, vielmehr, eher eine Verminderung. Die früheren Entwürfe der national-liberalen Partei hätten das Mindeste dessen enthalten, was von einer Reform verlangt werden könne. Es sei doch überhaupt fonderbar, daß der Reichstag weniger Abgeordnete habe, als das Preussische Abgeordnetenhause. Unbedingt seien die Reformen herbeizuführen, die unter anderem die Berücksichtigung der Bevölkerungsmehrung anerkennen. Man könne die Einsetzung von 1860 noch unmöglich noch beibehalten, es sei vielmehr gerade konterbärlich, daß man das 1860er Prinzip auch heute wieder zu Grunde lege. Eine Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen würden auch keine Freunde unter seinen Anhängern ausfinden. (Sehr richtig! Vorläufig.)

Abg. Franke (nl) erklärt, der Entwurf entspreche auch nicht den berechtigten Wünschen seiner Parteigenossen. Das Zentrum und die Liberalen hätten jetzt Solches eine Reform des Wahlgesetzes verlangt. Aber namens seiner Partei erklärt er, daß der vorliegende Entwurf auch nicht der Anfang einer Wahlreform sei, sondern höchstens ein Vorläufer allerhöchsten Grades. Man werde in der Kommission bemüht sein, wenn möglich noch das Beste zu beibringen. Was die Sozialdemokraten allein, sondern die Rechte der Regierung verlangen eine Wahlreform in Preußen. Eine Vermehrung der Abgeordneten würde allein nicht ausreichen, vielmehr, eher eine Verminderung. Die früheren Entwürfe der national-liberalen Partei hätten das Mindeste dessen enthalten, was von einer Reform verlangt werden könne. Es sei doch überhaupt fonderbar, daß der Reichstag weniger Abgeordnete habe, als das Preussische Abgeordnetenhause. Unbedingt seien die Reformen herbeizuführen, die unter anderem die Berücksichtigung der Bevölkerungsmehrung anerkennen. Man könne die Einsetzung von 1860 noch unmöglich noch beibehalten, es sei vielmehr gerade konterbärlich, daß man das 1860er Prinzip auch heute wieder zu Grunde lege. Eine Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen würden auch keine Freunde unter seinen Anhängern ausfinden. (Sehr richtig! Vorläufig.)

Arbeiten. Daraus könnten auch die Konserativen mitarbeiten. (Sehr richtig! Vorläufig.)

Abg. v. Bethmann (fr.) erklärt, die Vorläufer des Reichstages stimmen meine Freunde von Anfang bis zu Ende in jedem Punkte an. Zweck und Mittel der Vorlagen finden unsere Zustimmung. Die Frage, ob Ungerichtlichkeiten in der Wahlweise, einseitig vorhanden sind, aber nicht, ist mit dieser Vorlage absolut nicht zu tun. Der Reichstag hat sich die Vernehmung der Zahl der Abgeordneten ausgedrückt und darauf hingewiesen, daß seinen Kreisen ihre Rechte genommen werden sollen. Wir stehen genau auf dem entgegengelegten Standpunkt, auf keinen Fall darf das plötzliche Land ausgehoben werden. (Sehr richtig! Vorläufig.)

Abg. v. Bethmann (fr.) erklärt, die Vorläufer des Reichstages stimmen meine Freunde von Anfang bis zu Ende in jedem Punkte an. Zweck und Mittel der Vorlagen finden unsere Zustimmung. Die Frage, ob Ungerichtlichkeiten in der Wahlweise, einseitig vorhanden sind, aber nicht, ist mit dieser Vorlage absolut nicht zu tun. Der Reichstag hat sich die Vernehmung der Zahl der Abgeordneten ausgedrückt und darauf hingewiesen, daß seinen Kreisen ihre Rechte genommen werden sollen. Wir stehen genau auf dem entgegengelegten Standpunkt, auf keinen Fall darf das plötzliche Land ausgehoben werden. (Sehr richtig! Vorläufig.)

Abg. v. Bethmann (fr.) erklärt, die Vorläufer des Reichstages stimmen meine Freunde von Anfang bis zu Ende in jedem Punkte an. Zweck und Mittel der Vorlagen finden unsere Zustimmung. Die Frage, ob Ungerichtlichkeiten in der Wahlweise, einseitig vorhanden sind, aber nicht, ist mit dieser Vorlage absolut nicht zu tun. Der Reichstag hat sich die Vernehmung der Zahl der Abgeordneten ausgedrückt und darauf hingewiesen, daß seinen Kreisen ihre Rechte genommen werden sollen. Wir stehen genau auf dem entgegengelegten Standpunkt, auf keinen Fall darf das plötzliche Land ausgehoben werden. (Sehr richtig! Vorläufig.)

Abg. v. Bethmann (fr.) erklärt, die Vorläufer des Reichstages stimmen meine Freunde von Anfang bis zu Ende in jedem Punkte an. Zweck und Mittel der Vorlagen finden unsere Zustimmung. Die Frage, ob Ungerichtlichkeiten in der Wahlweise, einseitig vorhanden sind, aber nicht, ist mit dieser Vorlage absolut nicht zu tun. Der Reichstag hat sich die Vernehmung der Zahl der Abgeordneten ausgedrückt und darauf hingewiesen, daß seinen Kreisen ihre Rechte genommen werden sollen. Wir stehen genau auf dem entgegengelegten Standpunkt, auf keinen Fall darf das plötzliche Land ausgehoben werden. (Sehr richtig! Vorläufig.)

Abg. v. Bethmann (fr.) erklärt, die Vorläufer des Reichstages stimmen meine Freunde von Anfang bis zu Ende in jedem Punkte an. Zweck und Mittel der Vorlagen finden unsere Zustimmung. Die Frage, ob Ungerichtlichkeiten in der Wahlweise, einseitig vorhanden sind, aber nicht, ist mit dieser Vorlage absolut nicht zu tun. Der Reichstag hat sich die Vernehmung der Zahl der Abgeordneten ausgedrückt und darauf hingewiesen, daß seinen Kreisen ihre Rechte genommen werden sollen. Wir stehen genau auf dem entgegengelegten Standpunkt, auf keinen Fall darf das plötzliche Land ausgehoben werden. (Sehr richtig! Vorläufig.)

Abg. v. Bethmann (fr.) erklärt, die Vorläufer des Reichstages stimmen meine Freunde von Anfang bis zu Ende in jedem Punkte an. Zweck und Mittel der Vorlagen finden unsere Zustimmung. Die Frage, ob Ungerichtlichkeiten in der Wahlweise, einseitig vorhanden sind, aber nicht, ist mit dieser Vorlage absolut nicht zu tun. Der Reichstag hat sich die Vernehmung der Zahl der Abgeordneten ausgedrückt und darauf hingewiesen, daß seinen Kreisen ihre Rechte genommen werden sollen. Wir stehen genau auf dem entgegengelegten Standpunkt, auf keinen Fall darf das plötzliche Land ausgehoben werden. (Sehr richtig! Vorläufig.)

Abg. v. Bethmann (fr.) erklärt, die Vorläufer des Reichstages stimmen meine Freunde von Anfang bis zu Ende in jedem Punkte an. Zweck und Mittel der Vorlagen finden unsere Zustimmung. Die Frage, ob Ungerichtlichkeiten in der Wahlweise, einseitig vorhanden sind, aber nicht, ist mit dieser Vorlage absolut nicht zu tun. Der Reichstag hat sich die Vernehmung der Zahl der Abgeordneten ausgedrückt und darauf hingewiesen, daß seinen Kreisen ihre Rechte genommen werden sollen. Wir stehen genau auf dem entgegengelegten Standpunkt, auf keinen Fall darf das plötzliche Land ausgehoben werden. (Sehr richtig! Vorläufig.)

Abg. v. Bethmann (fr.) erklärt, die Vorläufer des Reichstages stimmen meine Freunde von Anfang bis zu Ende in jedem Punkte an. Zweck und Mittel der Vorlagen finden unsere Zustimmung. Die Frage, ob Ungerichtlichkeiten in der Wahlweise, einseitig vorhanden sind, aber nicht, ist mit dieser Vorlage absolut nicht zu tun. Der Reichstag hat sich die Vernehmung der Zahl der Abgeordneten ausgedrückt und darauf hingewiesen, daß seinen Kreisen ihre Rechte genommen werden sollen. Wir stehen genau auf dem entgegengelegten Standpunkt, auf keinen Fall darf das plötzliche Land ausgehoben werden. (Sehr richtig! Vorläufig.)

Abg. v. Bethmann (fr.) erklärt, die Vorläufer des Reichstages stimmen meine Freunde von Anfang bis zu Ende in jedem Punkte an. Zweck und Mittel der Vorlagen finden unsere Zustimmung. Die Frage, ob Ungerichtlichkeiten in der Wahlweise, einseitig vorhanden sind, aber nicht, ist mit dieser Vorlage absolut nicht zu tun. Der Reichstag hat sich die Vernehmung der Zahl der Abgeordneten ausgedrückt und darauf hingewiesen, daß seinen Kreisen ihre Rechte genommen werden sollen. Wir stehen genau auf dem entgegengelegten Standpunkt, auf keinen Fall darf das plötzliche Land ausgehoben werden. (Sehr richtig! Vorläufig.)

Abg. v. Bethmann (fr.) erklärt, die Vorläufer des Reichstages stimmen meine Freunde von Anfang bis zu Ende in jedem Punkte an. Zweck und Mittel der Vorlagen finden unsere Zustimmung. Die Frage, ob Ungerichtlichkeiten in der Wahlweise, einseitig vorhanden sind, aber nicht, ist mit dieser Vorlage absolut nicht zu tun. Der Reichstag hat sich die Vernehmung der Zahl der Abgeordneten ausgedrückt und darauf hingewiesen, daß seinen Kreisen ihre Rechte genommen werden sollen. Wir stehen genau auf dem entgegengelegten Standpunkt, auf keinen Fall darf das plötzliche Land ausgehoben werden. (Sehr richtig! Vorläufig.)

Abg. v. Bethmann (fr.) erklärt, die Vorläufer des Reichstages stimmen meine Freunde von Anfang bis zu Ende in jedem Punkte an. Zweck und Mittel der Vorlagen finden unsere Zustimmung. Die Frage, ob Ungerichtlichkeiten in der Wahlweise, einseitig vorhanden sind, aber nicht, ist mit dieser Vorlage absolut nicht zu tun. Der Reichstag hat sich die Vernehmung der Zahl der Abgeordneten ausgedrückt und darauf hingewiesen, daß seinen Kreisen ihre Rechte genommen werden sollen. Wir stehen genau auf dem entgegengelegten Standpunkt, auf keinen Fall darf das plötzliche Land ausgehoben werden. (Sehr richtig! Vorläufig.)

Abg. v. Bethmann (fr.) erklärt, die Vorläufer des Reichstages stimmen meine Freunde von Anfang bis zu Ende in jedem Punkte an. Zweck und Mittel der Vorlagen finden unsere Zustimmung. Die Frage, ob Ungerichtlichkeiten in der Wahlweise, einseitig vorhanden sind, aber nicht, ist mit dieser Vorlage absolut nicht zu tun. Der Reichstag hat sich die Vernehmung der Zahl der Abgeordneten ausgedrückt und darauf hingewiesen, daß seinen Kreisen ihre Rechte genommen werden sollen. Wir stehen genau auf dem entgegengelegten Standpunkt, auf keinen Fall darf das plötzliche Land ausgehoben werden. (Sehr richtig! Vorläufig.)

Abg. v. Bethmann (fr.) erklärt, die Vorläufer des Reichstages stimmen meine Freunde von Anfang bis zu Ende in jedem Punkte an. Zweck und Mittel der Vorlagen finden unsere Zustimmung. Die Frage, ob Ungerichtlichkeiten in der Wahlweise, einseitig vorhanden sind, aber nicht, ist mit dieser Vorlage absolut nicht zu tun. Der Reichstag hat sich die Vernehmung der Zahl der Abgeordneten ausgedrückt und darauf hingewiesen, daß seinen Kreisen ihre Rechte genommen werden sollen. Wir stehen genau auf dem entgegengelegten Standpunkt, auf keinen Fall darf das plötzliche Land ausgehoben werden. (Sehr richtig! Vorläufig.)

Abg. v. Bethmann (fr.) erklärt, die Vorläufer des Reichstages stimmen meine Freunde von Anfang bis zu Ende in jedem Punkte an. Zweck und Mittel der Vorlagen finden unsere Zustimmung. Die Frage, ob Ungerichtlichkeiten in der Wahlweise, einseitig vorhanden sind, aber nicht, ist mit dieser Vorlage absolut nicht zu tun. Der Reichstag hat sich die Vernehmung der Zahl der Abgeordneten ausgedrückt und darauf hingewiesen, daß seinen Kreisen ihre Rechte genommen werden sollen. Wir stehen genau auf dem entgegengelegten Standpunkt, auf keinen Fall darf das plötzliche Land ausgehoben werden. (Sehr richtig! Vorläufig.)

Abg. v. Bethmann (fr.) erklärt, die Vorläufer des Reichstages stimmen meine Freunde von Anfang bis zu Ende in jedem Punkte an. Zweck und Mittel der Vorlagen finden unsere Zustimmung. Die Frage, ob Ungerichtlichkeiten in der Wahlweise, einseitig vorhanden sind, aber nicht, ist mit dieser Vorlage absolut nicht zu tun. Der Reichstag hat sich die Vernehmung der Zahl der Abgeordneten ausgedrückt und darauf hingewiesen, daß seinen Kreisen ihre Rechte genommen werden sollen. Wir stehen genau auf dem entgegengelegten Standpunkt, auf keinen Fall darf das plötzliche Land ausgehoben werden. (Sehr richtig! Vorläufig.)

Abg. v. Bethmann (fr.) erklärt, die Vorläufer des Reichstages stimmen meine Freunde von Anfang bis zu Ende in jedem Punkte an. Zweck und Mittel der Vorlagen finden unsere Zustimmung. Die Frage, ob Ungerichtlichkeiten in der Wahlweise, einseitig vorhanden sind, aber nicht, ist mit dieser Vorlage absolut nicht zu tun. Der Reichstag hat sich die Vernehmung der Zahl der Abgeordneten ausgedrückt und darauf hingewiesen, daß seinen Kreisen ihre Rechte genommen werden sollen. Wir stehen genau auf dem entgegengelegten Standpunkt, auf keinen Fall darf das plötzliche Land ausgehoben werden. (Sehr richtig! Vorläufig.)

Abg. v. Bethmann (fr.) erklärt, die Vorläufer des Reichstages stimmen meine Freunde von Anfang bis zu Ende in jedem Punkte an. Zweck und Mittel der Vorlagen finden unsere Zustimmung. Die Frage, ob Ungerichtlichkeiten in der Wahlweise, einseitig vorhanden sind, aber nicht, ist mit dieser Vorlage absolut nicht zu tun. Der Reichstag hat sich die Vernehmung der Zahl der Abgeordneten ausgedrückt und darauf hingewiesen, daß seinen Kreisen ihre Rechte genommen werden sollen. Wir stehen genau auf dem entgegengelegten Standpunkt, auf keinen Fall darf das plötzliche Land ausgehoben werden. (Sehr richtig! Vorläufig.)

Abg. v. Bethmann (fr.) erklärt, die Vorläufer des Reichstages stimmen meine Freunde von Anfang bis zu Ende in jedem Punkte an. Zweck und Mittel der Vorlagen finden unsere Zustimmung. Die Frage, ob Ungerichtlichkeiten in der Wahlweise, einseitig vorhanden sind, aber nicht, ist mit dieser Vorlage absolut nicht zu tun. Der Reichstag hat sich die Vernehmung der Zahl der Abgeordneten ausgedrückt und darauf hingewiesen, daß seinen Kreisen ihre Rechte genommen werden sollen. Wir stehen genau auf dem entgegengelegten Standpunkt, auf keinen Fall darf das plötzliche Land ausgehoben werden. (Sehr richtig! Vorläufig.)

Abg. v. Bethmann (fr.) erklärt, die Vorläufer des Reichstages stimmen meine Freunde von Anfang bis zu Ende in jedem Punkte an. Zweck und Mittel der Vorlagen finden unsere Zustimmung. Die Frage, ob Ungerichtlichkeiten in der Wahlweise, einseitig vorhanden sind, aber nicht, ist mit dieser Vorlage absolut nicht zu tun. Der Reichstag hat sich die Vernehmung der Zahl der Abgeordneten ausgedrückt und darauf hingewiesen, daß seinen Kreisen ihre Rechte genommen werden sollen. Wir stehen genau auf dem entgegengelegten Standpunkt, auf keinen Fall darf das plötzliche Land ausgehoben werden. (Sehr richtig! Vorläufig.)



